



Abstimmungsvorlage vom 13.06.2021

Bundesgesetz über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO₂-Gesetz)

Ausgangslage

2017 unterzeichnete die Schweiz das Pariser Klimaabkommen, welches eine Begrenzung der menschengemachten Erwärmung auf deutlich unter 2 °C gegenüber vorindustriellen Werten vorsieht. Sie ist damit ein Emissions-Reduktionsziel von minus 50 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 eingegangen. Das «alte» CO₂-Gesetz lief 2020 aus.

Hintergrund

Ende 2018 schickte der Nationalrat das ausgearbeitete CO₂-Gesetz für die Periode 2021-2030 bachab. Die rechte Mehrheit im Nationalrat hat das Gesetz so stark abgeschwächt, dass es einem grossen Teil des Rates zu wenig weit ging. Beim erneuten Anlauf wurde deutlich konsensorientierter gearbeitet, so dass das nun vorliegende Gesetz nur von der SVP und einzelnen Bürgerlichen abgelehnt wurde. Im Januar dieses Jahres hat ein Wirtschaftskomitee bestehend aus Vertretern der Automobil-, Transport-, Luftfahrt-, Gebäude- und Mineralölbranche mehr als 110'000 Unterschriften für ein Referendum eingereicht. Die SVP hat das Referendum unterstützt. Parallel zum Wirtschaftskomitee hat auch die Westschweizer Sektion der Klimastreik-Bewegung rund 7'000 Unterschriften abgeliefert. Sie lehnt das Gesetz ab, weil es ihr zu wenig weit geht.

Das Gesetz

Das Gesetz besagt, dass die Treibhausgasemissionen im Jahr 2030 höchstens 50 Prozent der Emissionen im Jahr 1990 betragen dürfen. Im Durchschnitt der Jahre 2021–2030 müssen die Emissionen um mindestens 35 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden. Die Verminderung soll zu mindestens Dreivierteln im Inland erfolgen.

Das neue CO₂-Gesetz beinhaltet eine Flugticketabgabe zwischen 30.- und 120.- Franken pro Ticket. Die Höhe der Abgabe wird vom Bundesrat festgelegt. Zudem sieht sie eine Erhöhung der CO₂-Abgabe vor. Brennstoffe wie Heizöl oder Erdgas werden somit teurer und der Benzinpreis kann bis zu 12 Rappen steigen, sofern die Ziele nicht erreicht werden. Ausserdem sollen strengere CO₂-Vorschriften für Neuwagen gelten und es wird ein Klimafonds für Klimaschutzprojekte eröffnet, gespiesen aus der CO₂-Abgabe und Flugticketabgaben.

Empfehlungen

Nationalrat (129:59) und Ständerat (33:5) haben dem Gesetz zugestimmt. Neben den Unternehmen und Verbänden, die das Referendum unterstützen, gibt es auch zahlreiche Unternehmen und Verbände, welche sich für ein Ja einsetzen, so z.B. Novartis, IKEA, Economiesuisse und die Schweizerische Bankiervereinigung SwissBanking.

Argumente

Pro Schweizer Wirtschaft für das CO2-Gesetz , WWF , Verkehrsclub VCS	Kontra Referendumskomitee vernuenftig-bleiben.ch , SVP
<ul style="list-style-type: none">• Der Klimawandel gebietet rasches handeln Auch in der Schweiz sind die Auswirkungen des Klimawandels spürbar, z. B. durch Hitzerekorde, schmelzende Gletscher oder Murgänge. Je länger man wartet, desto teurer werden die Auswirkungen des Klimawandels und es wird immer schwieriger, das Reduktionsziel des Pariser Klimaabkommens bis 2030 zu erreichen.• Verantwortung übernehmen heisst, im Inland zu reduzieren Verantwortungsvolles Handeln bedeutet, seinen Beitrag zu leisten, statt sich durch Zertifikate «freizukaufen». Deshalb ist es richtig, dass die Schweiz $\frac{3}{4}$ der Kompensation im Inland vornimmt. Ausserdem müssen wir unsere Infrastruktur so oder so erneuern und haben dabei die Gelegenheit, auf klimafreundlichere Technologien umzurüsten.• Das Gesetz bringt die Schweizer Wirtschaft voran Die Klimafonds-Gelder für Forschung und Innovationsförderung sowie die Vermeidung von Schäden infolge des Klimawandels sorgen für Innovation und Arbeitsplätze. Die vermeintlichen Kosten offenbaren bei genauer Betrachtung einen grossen Nutzen: Sie setzen Anreize und setzen Gelder für notwendige Investitionen frei.• Lenkungsabgabe ist sinnvoll Die Lenkungswirkung der CO₂-Abgabe ist bewiesen. Im Gebäudebereich haben höhere Preise und die Förderung von erneuerbaren Heizsystemen sowie Gebäudesanierungen ihre Wirkung gezeigt. Es macht Sinn, die Lenkungswirkung der CO₂-Abgabe auf andere Sektoren auszudehnen.	<ul style="list-style-type: none">• Die Schweiz ist schon auf gutem Weg Die Schweiz betreibt seit vielen Jahren eine fortschrittliche und überlegte Umwelt- und Klimapolitik und ist mit dieser auf bestem Weg. So sinken die CO₂-Emissionen aus Gebäude, Industrie und Verkehr trotz steigendem Wohlstand und zunehmender Bevölkerung und unser Strommix ist nahezu CO₂-frei.• CO₂-Gesetz bringt mehr Bürokratie, Vorschriften und Regulierungen Die Regulierungen im neuen CO₂-Gesetz greifen in alle Lebensbereiche ein. Dieses Gesetz brächte neue Vorschriften, die von einem wachsenden Staatsapparat kontrolliert werden müssen. Dies führt zu Folgekosten, deren Höhe noch niemand abschätzen kann. Mit Verboten, Vorschriften und Auflagen soll der Bevölkerung, aber auch der Wirtschaft, ein neues Verhalten aufgezwungen werden.• Die Schweiz hat eine Vorbildrolle Der Einfluss der Schweiz auf den globalen CO₂-Ausstoss ist äusserst gering. Der jährliche CO₂-Ausstoss der Schweiz entspricht dem eines halben Tages in China. Ob die Schweiz ihren Verbrauch um 20 oder 80% senkt, hat auf das Weltklima somit kaum eine Auswirkung. Hingegen können wir sinnvolle Beiträge leisten, indem wir Rahmenbedingungen schaffen, die Innovation ermöglichen: Florierende Unternehmen, die in Forschung investieren, können wertvolle Beiträge zur weltweiten CO₂-Reduktion erbringen.• Enorme Mehrkosten für alle Neu soll eine Steuer auf Flugtickets eingeführt werden, welche Ferien für Familien stark verteuern wird. Auch die Verteuerung des Benzinpreises trifft vor allem Familien und Menschen, die in bescheidenen Verhältnissen wohnen, sowie die Rand- und Bergregionen.